



## Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss

Anfrage Xavier Ganiot / Simon Bischof

2016-CE-32

### Kantonaler Fonds zur Bekämpfung der Deindustrialisierung Freiburgs

#### I. Anfrage

«Wolken ziehen über dem Freiburger Wirtschaftshimmel auf: Die Mienen der Unternehmer verdüstern sich zunehmend». Diese Feststellung geht aus der 6. Konjunkturerhebung hervor, die die Freiburger Handels- und Industriekammer (HIKF) im Herbst 2015 durchgeführt hat und deren Resultate in der letzten Ausgabe ihrer Zeitschrift «*Echo*» publiziert wurden.

Dieser Erhebung zufolge haben zahlreiche Freiburger Unternehmen aufgehört, in ihren Produktionsapparat zu investieren. Wenn jedoch ein Unternehmen seine Infrastruktur nicht mehr erneuert, bedeutet dies oft, dass es mit dem Gedanken spielt, die Produktion auszulagern. Den Beweis dafür liefert die Firma Tetra Pak in Romont, die ihre im Frühjahr angekündigte Investition von 15 Millionen Franken nie realisiert hat. Dies lässt die Annahme zu, dass der Umzug in andere Gefilde, wenn nicht bereits fest geplant, so doch immerhin von der Direktion ins Auge gefasst wurde (vgl. *La Liberté* vom 15.12.2015, S.10).

Die Freiburger Industrie bröckelt und die Nachrichten zeigen dies immer wieder von neuem. Pavatex und Elanco (zwei Fälle unter vielen) sind die jüngsten Beispiele dafür.

Die Erhebung der HIKF wurde im Oktober 2015 bei 942 ihrer Mitglieder durchgeführt. Die Rücklaufquote belief sich auf 20 %, was 16 000 Arbeitsplätzen bzw. 14 % der Stellen im Privatsektor des Kantons entspricht. Die Stichprobe ist also repräsentativ genug, dass aus ihr der Trend der Freiburger Wirtschaft abgelesen werden kann. Die Analyse zeigt, dass die Investitionen schon zum dritten Mal in Folge deutlich abnehmen. Vier von zehn Unternehmen halten sich klar zurück und sehen für nächstes Jahr keine Ausgaben in diesem Bereich vor.

Der Geschäftsgang ist ebenfalls bei Weitem nicht optimal. Ende Juni 2015 hatten die Exporte aus dem Kanton um 13,6 % abgenommen, wobei die Abnahme in der Maschinen-, Geräte- und Elektronikindustrie sogar 20 % erreichte. Ende September nahmen die Exporte nochmals um 8,1 %, in der Maschinen-, Geräte- und Elektronikindustrie gar um 21,7 %, ab. Die Studie der HIKF bleibt auch bezüglich des Geschäftsgangs pessimistisch, denn während der Anteil der zufriedenen Unternehmen unverändert bleibt, ist der Anteil derjenigen, die mit einem guten Geschäftsgang rechnen, innerhalb eines Jahres von 35 auf 31 % gesunken und der Anteil der Unternehmen, die mit dem Geschäftsgang unzufrieden sind, ist auf 12 % angestiegen. Vor drei Jahren belief sich ihr Anteil noch auf 6 %!

Die von der Analyse unterstrichenen Sorgen bestätigen, dass die Freiburger Wirtschaft und insbesondere die Industrie langsam abgewürgt werden. Zahlreiche Unternehmen verlagern ihre

Tätigkeit vollständig oder teilweise oder schliessen komplett. Die Arbeitsplätze sind gefährdet, das Know-how geht verloren, die Aussichten in Bezug auf die Lehrstellen verschlechtern sich, die Zukunft unseres Kantons steht auf dem Spiel.

Eine politische Reaktion ist nötig und wird dringend erwartet. Doch bis jetzt lässt die Reaktion der Regierung zu wünschen übrig. Der Volkswirtschaftsdirektor hat auf die Bitte, die Analyse der HIKF zu kommentieren, bloss geantwortet, dass die Lage nicht völlig schlecht sei und dass (nur) drei Unternehmen im Kanton investiert haben. Ausserdem gibt es Instrumente zur Unterstützung, die es aber zu verbessern gilt (vgl. den bereits erwähnten Zeitungsartikel). Eine Beschleunigung der Unternehmenssteuerreform wird erwähnt, aber ohne genaue Angaben. Die Mitteilung endet mit einer Ohnmachtsbekundung angesichts der labilen Weltkonjunktur, der Frankenstärke und der Ungewissheit infolge der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative.

Diese Apathie steht in Kontrast mit der Entschlossenheit, die andere Westschweizer Kantone an den Tag legen. So hat das Genfer Parlament am 4. Dezember der Einrichtung eines kantonalen Fonds zugestimmt, der über 10 Millionen Franken für die Unterstützung von Unternehmen verfügt, die unter der Frankenstärke leiden. Der Gesetzesentwurf wurde vom Staatsrat auf Antrag der Gewerkschaften ausgearbeitet, die seit Anfang Jahr mit zahlreichen Konflikten in den Unternehmen konfrontiert sind. Der Fonds bezweckt, die bedrohten Arbeitsplätze zu erhalten, indem den Unternehmen, die es wirklich nötig haben, Finanzhilfen, Darlehen oder Bürgschaften gewährt werden.

Am 30. Juni 2015 hat das Waadtländer Parlament praktisch einstimmig einen Fonds zur Stützung der Industrie genehmigt. 17,5 Millionen Franken wurden bereitgestellt und werden insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen zugute kommen, die zwischen vier und rund hundert Angestellten zählen. Aber auch grössere Unternehmen können profitieren, sofern sie in der Industrie tätig sind (Maschinenindustrie, Mikrotechnik, Uhrenindustrie, pharmazeutische Industrie usw.) und sich ihre Produktion im Kanton befindet. Die Hilfen können in Form von Bürgschaften für Bankkredite, direkten Darlehen und A-fonds-perdu-Beiträgen gewährt werden. Die Unterstützung ist auf konkrete Projekte ausgerichtet, wie Investitionen in den Produktionsapparat, innovative Projekte, Erschliessung von Märkten und Entwicklung von personellen Ressourcen.

Im Juni 2015 setzte der Kanton Wallis ein Zeichen zugunsten des Walliser Industriestandorts, indem er auf zwei Anträge der Gewerkschaftsvertreter vom April einging: Diese verlangten, dass er einerseits bei der Schweizerischen Nationalbank bezüglich des Frankenkurses einschreitet und andererseits eine Versammlung der Walliser Industrie einberuft.

Es ist also möglich und wichtig, etwas gegen die Schwierigkeiten, die die Wirtschaft unseres Kantons bedrohen, zu unternehmen.

Aufgrund dieser Darlegungen stellen wir dem Staatsrat die folgenden Fragen:

1. Wie schätzt der Staatsrat die Massnahmen ein, die in anderen Westschweizer Kantonen getroffen wurden (siehe oben)?
2. Beabsichtigt der Staatsrat, einen Fonds zur Stützung der Freiburger Industrie aufzustellen? Ist dies nicht der Fall, über welche anderen Lösungen denkt der Staatsrat nach?

3. Da die Sozialpartner an derartigen Überlegungen beteiligt werden sollten: Welche Kontakte hat der Staatsrat in dieser Beziehung bereits mit ihnen aufgenommen?

3. Februar 2016

## II. Antwort des Staatsrats

Der Staatsrat setzt seine wirtschaftliche Entwicklungspolitik fort, die auf die Innovation ausgerichtet ist und die Schaffung und Niederlassung neuer Unternehmen mit hoher Wertschöpfung im Kanton sowie die Entwicklung der ansässigen Unternehmen bezweckt.

Diesbezüglich kann dank dem Innovationsquartier blueFACTORY die Umsetzung einer Zahl von Projekten unterstützt werden, die die Innovationsfähigkeit des Kantons in den kommenden Jahren steigern.

Übrigens beobachtet der Staatsrat ständig die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage und der Unternehmen im Kanton. Er geht davon aus, dass die kantonale Wirtschaft sich in den kommenden Jahren an bedeutende strukturelle Entwicklungen anpassen muss. Hohe Investitionen werden nötig sein, um insbesondere die Produktionskapazität und die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

1. *Wie schätzt der Staatsrat die Massnahmen ein, die in anderen Westschweizer Kantonen getroffen wurden (siehe oben)?*

Der Staatsrat beobachtet und analysiert mit Interesse die von den anderen Kantonen getroffenen Massnahmen. Er weist jedoch darauf hin, dass das Wirtschaftsnetz in jedem Kanton anders aussieht und dass jede Regierung ihre eigene Analyse anhand der Lage im Kanton aufstellen muss. In diesem Sinne will sich der Staatsrat nicht zu den Entscheidungen äussern, die die Behörden anderer Kantone getroffen haben.

2. *Beabsichtigt der Staatsrat, einen Fonds zur Stützung der Freiburger Industrie aufzustellen? Ist dies nicht der Fall, über welche anderen Lösungen denkt der Staatsrat nach?*

Der Staatsrat stellt regelmässig vertiefte Überlegungen zur Wirtschaftslage des Kantons Freiburg und zu den Handlungsmöglichkeiten des Staats an. Die Freiburger Wirtschaft muss mit der immer stärkeren und schnelleren Entwicklung der Weltwirtschaft mithalten (namentlich mit der Globalisierung der Wertschöpfungsketten, dem Wachstum in den aufstrebenden Ländern, der Verschiebung des weltwirtschaftlichen Zentrums nach Asien, der Entwicklung der vernetzten Gesellschaft, den Umweltauflagen, dem Aufkommen der Sharing Economy, der Alterung und der Wanderbewegungen der Bevölkerung). Gleichzeitig ist die Freiburger Wirtschaft mit den hohen Produktionskosten in der Schweiz konfrontiert, die in den vergangenen Jahren zum Wegzug mehrerer Unternehmen geführt haben. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen sich die Unternehmen etwa durch Innovation neu positionieren. So stellt etwa eine verstärkte Automatisierung der Prozesse eine Chance dar, um Wirtschaftstätigkeiten in der Schweiz zu entwickeln, zu erhalten oder gar zurückzugewinnen.

In diesem Zusammenhang will der Staatsrat eine koordinierte Politik zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Freiburger Wirtschaft führen. Statt eines kurzfristigen Plans zur Stützung der Wirtschaft will der Staatsrat eine Politik entwickeln, die mittel- und langfristig Wirkung zeigt.

Die Wirtschaftsentwicklung des Kantons stützt sich hauptsächlich auf drei Pfeiler: die Bodenpolitik, die Steuerpolitik und die Wirtschaftsförderungspolitik. In den ersten beiden Politikbereichen sind zurzeit bedeutende Arbeiten im Gange: einerseits die Revision des kantonalen Richtplans (KRP), die von der Bundesgesetzgebung über die Raumplanung vorgeschrieben wird und eine effiziente Verwaltung der Arbeitszonen gewährleisten soll, und andererseits die kantonale Ausgestaltung der dritten Unternehmenssteuerreform (Steuerreform 17). Weitere Politikbereiche tragen dazu bei, dass die kantonale Wirtschaft von guten Rahmenbedingungen profitiert. So etwa spielen die Berufsfachschulen und die Hochschulen eine wichtige Rolle, denn sie bilden die von den Unternehmen benötigten Fachkräfte aus und leisten einen Beitrag an die Innovation (Technologietransfer).

Die Massnahmen der Wirtschaftsförderung stellen eine Ergänzung der Boden- und Steuerpolitik dar. In diesem Bereich sind ebenfalls zwei Vorlagen in Vorbereitung:

- > die KMU-Innovationsförderung (Revision des Gesetzes über die Wirtschaftsförderung; WFG; SGF 900.1), die bis am 30. September 2017 in der Vernehmlassung ist;
- > die aktive Bodenpolitik, die dazu beitragen soll, dass Industriegelände zur Verfügung stehen, die den Bedürfnissen der Unternehmen entsprechen. Der Staatsrat wird diese Vorlage demnächst in die Vernehmlassung schicken wird.

Mit der KMU-Innovationsförderung will der Staatsrat die stark auf Innovation ausgerichteten Instrumente der Wirtschaftsförderung ergänzen, indem er die direkten finanziellen Beiträge für Unternehmen auf drei Ebenen anpasst:

- > *Innovationsförderung*: Es ist vorgesehen, die A-fonds-perdu-Beiträge für Industrieunternehmen und insbesondere für KMU zu verstärken und gezielter einzusetzen, damit sie angespornt werden, neue Produkte und Prozesse zu entwickeln sowie neue Märkte zu erschliessen (Unterstützung von Investitionen in Spitzentechnologien und in die Entwicklung neuer innovativer Produkte, beziehungsweise in die Entwicklung der Produktions- und/oder Organisationsprozesse insbesondere mit Blick auf die Energieeffizienz oder den Übergang zur digitalen Industrie sowie Unterstützung von Marktstudien oder Bemühungen um Handel mit entfernten oder risikobehafteten Märkten insbesondere in aufstrebenden Wirtschaften);
- > *Unterstützung von Unternehmen in der Gründungsphase*: Es wird vorgeschlagen, die Seed-Darlehen und das Risikokapital für Start-ups langfristig zu verankern und mit frischen Mitteln zu versorgen. Diese Instrumente sind in den meisten konkurrierenden Kantonen integrierender Bestandteil der Wirtschaftsförderung. Die Seed-Darlehen sollen zudem im Gründungsprozess neu positioniert und stärker mit der Start-up-Begleitung verbunden werden;
- > *Förderung von Investitionen in die Industrie*: Es ist vorgesehen, ein kantonales Bürgschaftsinstrument für innovative Industrieprojekte von Unternehmen zu errichten, die infolge der Weltwirtschaftskrisen der Jahre 2009 und 2011, der Frankenstärke sowie der restriktiven Kreditvergabe der Banken nicht über ausreichend Eigenmittel für die entsprechenden Investitionen verfügen.

Zusätzlich zu den Hauptmassnahmen ist auch vorgesehen, die Beziehungen zwischen dem Staat und der Wirtschaft zu verbessern und insbesondere die Verwaltungsverfahren zu vereinfachen.

Die Vorlage KMU-Innovationsförderung geht genau auf die Anliegen der Grossräte Ganioz und Bischof ein. Denn das neue Bürgschaftsinstrument zielt darauf ab, die Investitionen im Industriesektor zu unterstützen.

3. *Da die Sozialpartner an derartigen Überlegungen beteiligt werden sollten: Welche Kontakte hat der Staatsrat in dieser Beziehung bereits mit ihnen aufgenommen?*

Die Sozialpartner hatten im Rahmen der Vernehmlassung zur Vorlage KMU-Innovationsförderung die Gelegenheit, Stellung zu nehmen.

*26. September 2017*